

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

14.9.1931 (No. 213)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Karlruhe  
Telefon  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Knecht,  
Karlruhe

Wannsprei: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 am Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassencrabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschulverzeichnis für Baden, Badischer Zentralschulverzeichnis für Braunschw., Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Zum Ableben des badischen Staatspräsidenten

Der Reichsinnenminister Dr. Brüch wird als Vertreter des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, der Reichsregierung, des Reichsrats und der preussischen Staatsregierung an der Trauerfeier zu Ehren des verstorbenen badischen Staatspräsidenten Wittenmann teilnehmen.

Reichsinnenminister Dr. Brüch hat dem badischen Staatsministerium zwischen 11 und 12 Uhr vormittags einen Kondolenzbesuch abgestattet.

Die Untersuchung des Bakteriologischen Instituts des Städtischen Krankenhauses in Karlruhe hat ergeben, daß Staatspräsident Wittenmann an Typhus gestorben ist. Daraufhin hat der Bezirksarzt die nach Gesetz und Verordnung für derartige Fälle vorgeschriebenen besonderen Maßnahmen angeordnet und deren sofortige Durchführung überwacht. Aus diesem Grunde hat das Staatsministerium die durch Plakatschlag bereits bekannt gegebenen Anordnungen bezüglich der Trauerfeier getroffen. Der Bezirksarzt wird nunmehr seinerseits eine eingehende Untersuchung des Krankheitsverlaufes vornehmen und dem Ministerium darüber Bericht erstatten. Als dann wird Näheres darüber bekanntgegeben werden.

### Weitere Beileidskundgebungen

Die Handwerkskammer für die Kreise Karlruhe und Baden schreibt uns zum Tode des Staatspräsidenten: „Der Heimgang des Staatspräsidenten Wittenmann bedeutet für das selbständige Handwerk und Gewerbe einen großen Verlust. Es steht trauernd an der Bahre eines Mannes, der während der Jahre seiner Führerschaft stets ein warmes Verständnis für die Wünsche und die Ziele des Handwerks entfaltete hat. Die Handwerkskammer für die Kreise Karlruhe und Baden hat namens des Badischen Handwerktages und der in ihm vereinigten Fachverbände, sowie namens des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen und des Verbandes badischer gewerblicher Genossenschaften der Familie des Verstorbenen und dem Badischen Staatsministerium ihre Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.“

Der zweite Vorsitzende der württembergischen Zentrums-Partei, Ministerialrat Schanz, hat in Vertretung des ersten Landesvorsitzenden, Justizministers Dr. Beyerle, der zur Zeit am Deutschen Juristentag in Leipzig teilnimmt, in einem Schreiben an den Vorsitzenden der badischen Zentrums-Partei, Präsident Dr. Baumgartner, zum Tode des badischen Staatspräsidenten und Justizministers Wittenmann das herzlichste Beileid der württembergischen Zentrums-Partei ausgesprochen. Auch der Witwe des Verstorbenen wurde von Ministerialrat Schanz ein Beileidsschreiben gesandt.

### Gedächtnisfeier in der Heimatstadt Buchen

Buchen, die kleine Amtstadt im Frankenland, die Geburts- und Heimatstadt des verstorbenen badischen Staatspräsidenten, trauert in besonderer Weise um seinen verehrten Ehrenbürger, um seinen hervorragenden Sohn. Mehrere Male im Jahre kam Wittenmann in seine Heimat, an der er mit ganzer Seele hing. Viele Freunde und Verwandte hatte er in unserer Stadt, darunter einen Bruder, ehemals Pfarrer in Unterbach, der in Buchen seine Ruhejahre verlebte. Im Namen der Stadt widmete der Bürgermeister dem toten Ehrenbürger einen warmen Nachruf: „Unser verehrter Ehrenbürger, der vorbildlichste und opferwilligste Sohn der Heimat, Herr Staatspräsident Josef Wittenmann, ist gestorben. In der Heimat um ihren Besten, die engere Heimat um einen ihrer Größten, das Land um einen seiner Treuesten. In jedem Haus und in jedem Herzen haben große Trauer und innige Teilnahme Einfuhr gehalten. Jeder fühlt den unersehlichen Verlust, den wir erlitten. Unvergänglich wird er in Land und Heimat weiterleben.“

Am Samstagabend fand im Bürgeraal des alten Rathauses eine Trauerfeier statt, bei der Landrat Rothmund-Rosbach in Vertretung des beurlaubten Landrats Rossoli im Namen des Amtsbezirks und Bürgermeister Dr. Schmitt im Namen der Stadt die Verdienste des Dahingegangenen um Heimat und Heimatstadt im besonderen, aber auch um das ganze Land überhaupt schilderten. Eine besondere Weihe erhielt die Feier, zu der nur geladene Gäste erscheinen durften (Verwandte, Gemeinderat, Bürgerausschuß und Spitzen der Verbände), durch die Mitwirkung des Männergesangsvereins Liederkreis. Am Sonntagabend fand in der Stadtkirche eine große allgemeine Trauerfeier statt, wobei Stadtpfarrer Blasch die tiefempfundene Gedächtnisrede hielt. Am Mittwoch wird für den Entschlafenen ein Seelenamt in der Stadtpfarrkirche stattfinden. Bürgermeister Dr. Schmitt und Stadtpfarrer Blasch werden sich an den Beisetzungsfeierlichkeiten in Karlruhe beteiligen. Buchen wird seinen hervorragenden Sohn nie vergessen.

Einmaliges Erscheinen der „Germania“. Die „Germania“, das führende Berliner Zentrumsorgan, wird ab 1. Oktober nur noch einmal am Tage erscheinen.

### Letzte Nachrichten

#### Mißglückter Heimwehr-Putsch in Oesterreich

##### Verhaftung der Putschisten

Wien, 14. Sept. (Tel.) Die Ruhe ist in ganz Oesterreich an seiner einzigen Stelle mehr gestört worden.

Wie aus Linz gemeldet wird, sind der Bundesführer des Heimatschutzes, Fürst Starhemberg, und Gutsbesitzer Coreth verhaftet und dem Gericht eingeliefert worden. Die Verhaftung der Generale Buchmayer und Englisch-Poparic wird bestätigt.

Aus Graz wird berichtet, daß Staatsleiter Rauter dort in seiner Wohnung verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert worden ist.

Wie die Polizeikorrespondenz mitteilt, wurden 260 Heimwehrmänner, die den Buchberg, nächst Klosterneuburg, in militärischer Formation am Sonntagmorgen besetzt hatten, durch die Wiener Sicherheitswache verhaftet. Bei den Verhafteten wurden ungefähr 30 Faustfeuerwaffen beschlagnahmt, außerdem wurde eine Anzahl von Gewehren im Walde vorgefunden. Im Laufe des Sonntags nahm die Wiener Polizei in den Sekretariaten und Bezirkslokalen des Wiener Heimatschutzverbandes und des Vaterländischen Verbandes Starhemberg Hausdurchsuchungen vor. Es wurde eine Anzahl von Gewehren, Karabinern, Pistolen, Bajonetten, Löffelkugeln und Stahlhelmen beschlagnahmt und die Strafamtbehandlung eingeleitet.

Wien, 14. Sept. (Tel.) Die steierischen Heimwehrführer Dr. Pfeifferer und Rauter werden von den Behörden gesucht. Bisher konnten sie nicht gefunden werden.

Über Beginn und Verlauf des Putsches erhalten wir folgende Drahtmeldungen:

Ein Teil des Heimatschutzes unter Führung von Dr. Pfeifferer hat heute nacht in einigen Orten der Nordsteiermark, Oberösterreich und Salzburg seine Anhänger alarmiert und teilweise mobilisiert. Dr. Pfeifferer proklamierte die Übernahme der Staatsmacht durch den Heimatschutz. Polizei, Gendarmerie und Bundesheer sind in Bereitschaftszustand gesetzt. Im Zusammenhang mit dem Putschversuch der Heimwehr kam es in Kapfenberg zu einem Zusammenstoß zwischen Heimwehrleuten und Schutzbüdnern. Dabei wurde ein Schutzbüdnler getötet, ein Schutzbüdnler und sieben Heimwehrleute schwer verwundet. Zwei Führer der Heimwehr und einige ihrer Helfer wurden verhaftet. Die bei Klosterneuburg versammelten, bewaffneten Heimwehrleute, etwa 200 an der Zahl, wurden von Wiener Polizei, die nach Klosterneuburg kam, verhaftet, ehe die Truppe ihre Absicht, nach Wien zu ziehen, verwirklichen konnte. Die Heimwehrleute leisteten keinerlei Widerstand.

Die Landesleitung der Nationalsozialistischen Partei (Hitler-Bewegung) erklärt, daß sie mit der Aktion der Heimwehr in keinerlei Verbindung stehe und diese auch ablehne. Die in einzelnen Blättern gemeldete Verhaftung des Heimwehrführers Dr. Pfeifferer, die auch von den Sozialdemokraten heute morgen von der Regierung gefordert wurde, ist nach Meldungen aus Graz bisher noch nicht erfolgt.

Der Parteivorstand der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie und der Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften haben einen Aufruf erlassen und verlangen die Auflösung der Heimwehr, die die Verfassung der Republik mit Waffengewalt umzustürzen versucht hat, und die Beschlagnahme ihrer Waffen.

Nachdem die Ausschusslosigkeit des Putsches von der Regierung erkannt war, erging in den Abendstunden des Sonntags an die obersteinsten Heimwehrformationen die Weisung, die Aktion einzustellen und nach Hause zu gehen. Auch die in der Nähe von Graz zusammengekommenen Heimwehrführer aus Weststeiermark traten dem Heimweg an.

In einem Manifest der österreichischen Bundesregierung wird erklärt, daß die Machtverhältnisse vollständig in der Hand der Regierung und allen Situationen gewachsen sind. Es wird festgestellt, daß dank der Pflichttreue aller staatlichen Organe und der Gesetzmäßigkeit der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes das Unternehmen auf einen Teil des Bundesgebietes beschränkt und auch dort ohne Erfolg blieb. Die Bundesregierung werde pflichtgemäß die Schuldtragenden ungesäumt mit der ganzen Strenge des Gesetzes zur Verantwortung ziehen.

### Die Anleihe des Gaargebietes vor dem Völkerrundrat

Genf, 14. Sept. (Tel.) Der Völkerrundrat befaßte sich heute mit dem Antrag der Regierungskommission des Gaargebietes, auf Aufnahme einer langfristigen Anleihe in Höhe von 150 Millionen franz. Franken. Trotzdem auf Vorschlag des Präsidenten diese bisher nicht auf der Tagesordnung stehende Frage in die Tagesordnung aufgenommen worden war, wurde auf Vorschlag des Berichterstatters, des Vertreters Italiens, das Finanzkomitee gebeten, das Projekt zu prüfen und dem Rat einen Bericht vorzulegen.

Reichspräsident von Hindenburg ist am Samstagabend von Dietramszell kommend, mit dem fahplanmäßigen FD-Zug 79 wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen.

### \* Neue Komplikationen in Genf

Wie das nun einmal so ist bei den Reden der Diplomaten — man muß das Wichtigste zwischen den Zeilen zu lesen verstehen. Wer die große Rede Briands in Genf überliest, der wird sich zunächst freuen über die Art und Weise, wie er die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich behandelte und im Zusammenhang damit die Notwendigkeit der Abrüstungskonferenz unterstrich. Stützig werden muß man aber schon an der Stelle, wo Herr Briand davon spricht, daß „Frankreich alles getan habe, um seine Rüstung zu vermindern“. Ist doch Frankreich gerade diejenige Großmacht, die heute noch eine Streitmacht unterhält, wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen hat.

Ebenso merkwürdig ist der Satz Briands, daß die Rüstungsausgaben unnötig seien, „wenn der Friede gesichert sein werde“. Nach Ansicht Briands ist also „der Friede“, d. h. jenes System von Friedensverträgen, welches die Suprematie Frankreichs in Europa begründet, noch nicht völlig gesichert. Das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 sollte diese Sicherung im Sinne Frankreichs, diese Verewigung aller Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags, mit sich bringen. Am Widerstand Englands ist das Protokoll damals gottlob gescheitert. Briand jedoch bedauert diese Tatsache ausdrücklich. Wenn dieses Protokoll heute leben würde, würden nach seiner Ansicht damit die Aufgaben der Abrüstungskonferenz wesentlich erleichtert sein. Was damals nicht gelungen sei, könne jetzt vielleicht „auf anderem Wege doch noch erreicht werden“.

Was besagen diese Worte? Nichts anderes, als daß Deutschland die Verständigung mit Frankreich und die dann zu erwartenden Kredite bzw. Anleihen mit einer Art Ost-Lozano bezahlen soll und mit der Zusicherung, auf der Abrüstungskonferenz von vornherein jede Opposition gegen die von Frankreich erstrebte Festlegung der bleibenden militärischen Überlegenheit Frankreichs aufzugeben. Deshalb, weil erst einmal diese Dinge zwischen Berlin und Paris bereinigt werden sollen, hat sich Briand gar nicht zu dem Antrag einer sofortigen Sistierung weiterer Rüstungsausgaben geäußert. Was die Pariser Presse betrifft, so kritisiert sie in ihrer großen Mehrheit diesen Antrag und mit ihm die ganze Rede Lord Cecil's.

So lagen also die Dinge, als der deutsche Außenminister Dr. Curtius in Genf das Wort ergriff. Jemand, welche Überraschung konnte die Rede Briands nicht bedeuten. Man kennt ja die französische Einstellung nur zu gut. Die Frage, die Dr. Curtius zu beantworten hatte, war die: Soll sich Deutschland den französischen Wünschen fügen, oder soll es schon jetzt hier in Genf seine ganz anders gearteten Auffassungen vortragen? Eine dritte Möglichkeit wäre die gewesen, dem Problem im Augenblick auszuweichen und seine Erledigung bei dem Berliner Gegenbesuch des französischen Ministerpräsidenten zu versuchen.

Dr. Curtius hat sich für eine Methode entschieden, bei welcher die Ansprüche Deutschlands in reparationenpolitischen und abrüstungspolitischen Beziehung mit dementsprechender Entschlossenheit angemeldet werden, während ein Eingehen auf das, was man in Frankreich das „Sicherheitsproblem“ nennt, vermieden wird. Wahrscheinlich hat der deutsche Außenminister geglaubt, daß seine Rede in Frankreich eine einigermaßen gerechte und verständnisvolle Würdigung finden würde. Denn sonst hätte er sicherlich eine ganz andere Rede gehalten.

Tatsache ist nun aber, daß diese Rede geradezu alarmierend in Paris gewirkt hat. Und das hat Dr. Curtius doch schon im Hinblick auf den französischen Besuch in Berlin sicherlich nicht gewollt. Gerade das, was man in Frankreich wünscht, die Verkopplung der Abrüstungsfrage mit dem sog. „Sicherheitsproblem“, gerade das hat Curtius in seiner Rede zurückgewiesen und dafür die Anerkennung des Grundgesetzes der völligen Gleichberechtigung verlangt. In Paris ist bereits versichert worden, daß man diesen Teil der Rede von Dr. Curtius aussschärfste ablehnen müsse, und daß man seine Auffassung als vollkommen unerträglich zu bezeichnen habe. Ja, man ist soweit gegangen, zu erklären, die Rede des deutschen Außenministers habe das Schicksal der Abrüstungskonferenz als solche gefährdet und überhaupt die deutsch-französische Annäherung erschwert.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 53. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags



Wir müssen gestehen, daß wir, wenn die Dinge so liegen, den Zügen dieser Außenpolitik, wie sie Dr. Curtius betreibt, nicht mehr ganz zu folgen vermögen. Entweder will man — schon aus finanziellen Gründen — die Verständigung; dann wird man auch einen Preis dafür zahlen haben, und dann dürfen solche Reden, wie die in Genf von Dr. Curtius gehaltenen, nicht gehalten werden. Oder aber man richtet sich von vornherein darauf ein, daß die finanzielle und wirtschaftliche Sanierung Deutschlands ohne Frankreichs Hilfe erfolgt; dann kann man Reden halten, die in klarer Form den Gegensatz der Auffassungen zwischen Deutschland und Frankreich herausarbeiten.

Oder sollte bei Herrn Dr. Curtius oder seiner Umgebung vielleicht die Meinung bestanden haben, daß Frankreich jetzt plötzlich seine ganze Politik revidieren und mit ganz neuen, Deutschland weit entgegenkommenden Vorschlägen herausrücken werde? Es wäre ja denkbar, daß diese Meinung bestanden hat, und daß sie durch etwelche Mitteilungen unkontrollierbarer Art genährt worden ist. Das Echo aus Paris zeigt aber nur zu deutlich, daß sie falsch war. Frankreich denkt offenbar gar nicht daran, etwas von seinen Forderungen preiszugeben. Nach wie vor ist die Pariser Politik auf dem Standpunkt: Wir leihen euch das Geld, und dafür habt ihr den Friedensvertrag mit allen seinen Bestimmungen für alle Ewigkeit hinzunehmen und in die dauernde militärische Überlegenheit Frankreichs euch gegenüber einzuwilligen! Einstweilen ist noch nichts bekannt geworden, was eine deutsch-französische Verständigung auf einer anderen Basis ermöglichen könnte. So liegen die Dinge. Und es wäre töricht, sie geistlich anders sehen zu wollen.

### 22 Tote bei einem Eisenbahnattentat in Ungarn

Auf der Bahnstrecke zwischen Budapest und Wien kam es bei Via Torbago, etwa 20 Kilometer von Budapest entfernt, zu einer schweren Eisenbahnkatastrophe, als der D-Zug Budapest-Wien-Bonn-Köln einen Viadukt passierte. Die Lokomotive sowie die beiden vorderen Wagen waren bereits über dem Viadukt hinweggefahren, als dieser einstürzte und die übrigen 7 Wagen unter seinen Trümmern begrub. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Untersuchung der Sachverständigen sind Jünger, Jüdischnur und Explosivstoff der Höllemaschine deutsches Fabrikat, das Taschenlampenlement polnisches und englischen Ursprungs. Infolgedessen scheint es klar, daß das Attentat von einer internationalen Kommunistengruppe verübt worden ist, die in den letzten Jahren eine Reihe von Attentaten in ausländischen Staaten verübte. Den vor dem Schnellzug fahrenden Personenzug haben die Verbrecher passieren lassen.

Im Laufe der polizeilichen Untersuchungen wurde festgestellt, daß der Stationschef einer ungarischen Station um 11 Uhr nachts — also kaum 40 Minuten nach dem Viadukt-Eisenbahnattentat — von zwei ausländischen Stationen telefonisch angerufen wurde, und zwar von London und Kopenhagen. Der unbekannte Sprecher erkundigte sich, ob auf der ungarischen Eisenbahnlinie alles in Ordnung wäre. Auf die Frage, warum er dies wissen wolle, antwortete der Unbekannte in deutscher Sprache, er wolle nur seinen Fahrplan zusammenstellen. Man hält es für wahrscheinlich, daß der Anruf mit dem Attentat in Zusammenhang steht.

Der genaue Text eines Bittels, der beim Schauplatz des Eisenbahnattentats gefunden worden ist, lautet: Arbeiter! Ihr habt keine Rechte! Nun, wir werden euch welche von den Kapitalisten erwürgen. Jeden Monat werdet ihr von uns hören, denn unsere Freunde sind überall zu Hause. Es gibt keine Arbeitslosigkeit! Nun wir werden welche schaffen. Alles werden die Kapitalisten zu tragen haben. Fürchtet nicht, unser Banzin geht nicht aus! Die Unterschrift lautet: Der Überseher.

Schon die ersten Feststellungen ergaben eine auffällige Übereinstimmung des verbrecherischen Anschlages mit den Attentaten in Südspanien, sowie dem Jüterbog-Attentat. Nach einem offiziellen Communiqué der Ungarischen Staatsbahn beträgt nach den bisherigen Feststellungen die Zahl der Toten 22, die Zahl der Verletzten 14.

### Badisches Landestheater Salome

Mit der Wiederaufnahme der Knapp vor Ende der letzten Spielzeit neuinstudierten Straußschen „Salome“ ist dem Repertoire ein Wert zurückgewonnen, das zweifellos dem badischen Landestheater in den nächsten Wochen noch manch vollbefehes Haus zu sichern vermag. Das liegt nicht nur am genialen Schwung dieser einzigartigen Partitur, die ja mehr eine sinfonische Dichtung mit Text ist, begründet sich auch nicht einmal so sehr aus der heillosen Situation des Stoffes, obwohl dessen Verberstheit die Zuschauer stets aufs neue reizen wird, sondern ist zu gutem Teil der trefflichen Darbietung zuzuschreiben, in der das Badische Landestheater jetzt dies Musikdrama nach dem bekannten Wideschen Schauspiel herausstellt. Wir haben das in Einzelheiten schon gleich bei der erfolgreichen Neuaufführung belegt, wollen aber vor allem deshalb nochmals nachdrücklich darauf aufmerksam machen, weil Ellen Winter in der schwierigen Titelpartie inzwischen noch manches hinzulernt und ihre Salome-Gestaltung nunmehr so vervollkommen hat, daß sie wirklich das schaurige Geschehen auf der großen Terrasse, die an den Banettisaal von des Herodes Palast stößt, in all seinen Phasen absolut beherrscht. Besonders vom Tanz an, der viel durchdacht wirkt, gelangt ihr eine gewaltige Steigerung bis hin zu des Terraraden grausamen Befehl „Man töte dieses Weib!“.

Die sonntägliche Vorstellung hatte Intendant Dr. Hans Waag mit einer kurzen Rede eingeleitet. Er sprach von der Not des Theaters und hat alle, denen die Erhaltung der geistigen Güter am Herzen liegt, um tatkräftige Unterstützung. Andere Städte versuchen zwar mit einer vollen Werbebohle, das Publikum für die Sache ihres Theaters zu begeistern, doch mag auch die hier gewählte bescheidenere Form der Propaganda ihren Zweck erfüllen und den vorhandenen „Freundeskreis“ ansehnlich vermehren helfen. Wirkamer freilich als Worte — und das betont mit einigem Recht auch der Redner — sind Taten, und in dieser Beziehung ist jedenfalls gerade die künstlerisch unbedingt hochstehende Wiedergabe der „Salome“ sehr wohl geeignet, unserer Landesbühne neue Besucher zuzuführen. S. Sch.

### Vorausichtlich Verlängerung der Steueramnestie

In der letzten Zeit haben sich die Amnestieangelegenheiten stark gehäuft. In sehr vielen Fällen haben Steuerpflichtige bei den Finanzbehörden zu erkennen gegeben, daß sie von der Steueramnestie gern Gebrauch machen möchten, aber nicht in der Lage seien, bis zum 16. September, dem Ende der Amnestiefrist, das für die Amnestieangelegenheiten erforderliche Material durchzuprüfen und die hierbei aufgelauchten Fragen zu klären. Ferner hat sich gezeigt, daß es noch viele Steuerpflichtige gibt, die zwar das Bestreben haben, wieder steuerrechtlich zu werden, die sich aber davor scheuen, ihre bisherigen Zuwerdhandlungen der Steuerbehörde offenzulegen. Aus all diesen Gründen sind in außergewöhnlich starkem Umfange Anträge auf Fristverlängerung gestellt worden. Mit Rücksicht hierauf ist beabsichtigt, die Steueramnestiefrist allgemein bis zum 15. Oktober zu verlängern. Da die Fristen für die Abgabe der Vermögenserklärungen sowie für die Anzeige ausländischer Familienleistungen und Beteiligungen in engem Zusammenhang mit der Amnestiefrist stehen, würden auch diese in gleicher Weise verlängert werden.

### Angebliche Rheinstraft-Pläne

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Kaas, gab anlässlich einer Kölner Tagung der rheinischen Zentrumswähler folgende Erklärung ab: „Die Leitung der deutschen, preussischen und rheinischen Zentrumspartei teilen mit aller Entschiedenheit fest, daß sie den vom „Düsseldorfer Tagblatt“ getragenen Meldungen über die geplante Bildung einer Ruhrprovinz und eines „Rheinstaates“ vollständig fernsteht. Sie ist durch diese ohne jede direkte oder indirekte Fühlungnahme erfolgte Publikation ebenso überrascht, wie die übrige deutsche Öffentlichkeit. Sie sieht in den genannten Veröffentlichungen die persönliche Auffassung einer lokalen Pressestelle und rückt von jeder Vermutung einer Beteiligung ab. Zu gleicher Zeit weist sie mit Entrüstung die tendenziöse und verleumdende Konstruktion zurück, mit der eine gewisse rechtsradikale Presse bei dieser Gelegenheit gegen die frühere oder jegige nationale Haltung der deutschen und rheinischen Zentrumspartei oder einiger ihrer Führer zu bezeugen für gut hält.“ — Auch Oberbürgermeister Bracht-Erfen erklärt eine Erklärung, in der er sich gegen die angeblichen Pläne einer Ruhrprovinz und eines Rheinstaates wendet.

### Politische Ausschreitungen

In Breslau wurde ein Fackelzug der Sportabteilung des Stahlhelms, an dem etwa 140 Personen teilnahmen, von Anhängern der NSDAP belästigt und mit Steinen beworfen. Von den Zeitungen wurden Klagen mit Salzgäure auf die Polizeibeamten heruntergeworfen.

In Würzburg (Düsseldorf) wurde die Polizei am Samstagabend, als sie einen kommunistischen Demonstrationszug, der nicht genehmigt war, auflösen wollte, plötzlich angegriffen und mit Steinen beworfen. Gleichzeitig fielen aus der Menge Schüsse. Ein Beamter gab einen Schreckschuss in die Luft ab. Aus der Menge fielen dann weitere Schüsse. Ein 34-jähriger Arbeiter wurde durch einen Halsschuß so schwer verletzt, daß er seinen Verletzungen erlag.

In Berlin verletzten etwa 500 Kommunisten, ein Versammlungsort der NSDAP, in der Steinmeißstraße zu stürmen. Als dies durch das überfallkommando verhindert wurde, zog ein Teil der Kommunisten vor ein weiteres NSDAP-Lokal in der Hauptstraße in Schöneberg und schoss von der gegenüberliegenden Seite der Straße in das Lokal hinein.

In der Nähe der Berliner Gedächtnisstraße kam es am Samstagabend am Kurfürstendamm zu nationalsozialistischen Demonstrationen. Etwa 1000, anscheinend von einer Versammlung kommende Nationalsozialisten zogen unter lauten antisemitischen Rufen durch die Straße und pöbelten alle jüdisch aussehenden Passanten an.

Im Zusammenhang mit einer Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Hamburg ereignete sich eine Reihe von Zwischenfällen. In den Vormittagsstunden wurden an mehreren Stellen der inneren Stadt einziehende Reichsbannerangehörige von Kommunisten angefallen und mißhandelt. Nachmittags hatte sich in der Nikolaisstraße und der Rosenthalstraße kommunistische Ansammlungen gebildet. Einschreitende Ordnungspolizei wurde von einem Haufe aus beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer, wobei ein Demonstrant einen Armbruch erlitt. In der Selgoländer Allee kam es zu einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Reichsbannerangehörigen.

In Hagen wurde von der Polizei in einem Versammlungsort im Stadthaus Veringhaufen ganz überraschend 74 Funktionäre einer illegalen Kampforganisation der Kommunisten festgenommen.

Die 40-Stunden-Woche. Wie wir erfahren, läuft der Termin, bis zu welchem die einzelnen Industrien und Gewerbebereiche mitzuteilen haben, ob sie freiwillig eine Kürzung der Arbeitszeit durch Einführung der 40-Stunden-Woche zur Entlastung des Arbeitsmarktes vornehmen wollen, am Samstag, dem 19. September, ab. Erst nach Ablauf der Frist wird das Reichskabinett zu entscheiden haben, ob die Arbeitszeitverkürzung verbunden mit einem Einstellungsstopp durchgeführt werden soll.

Der „Völkische Beobachter“ wieder verboten. Der „Völkische Beobachter“ wurde durch Beschluß der Polizeidirektion München auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auf die Dauer von zehn Tagen verboten. Maßgebend für das Verbot sind die Schlüsselaussagen des Artikels „Kampf gegen den Bolschewismus in Bayern verboten“ in der Nummer 254.

### Kleine Chronik

Nach Beendigung des Segelflugges am Hamburger Flughafen fuhr ein Flugzeug ein schweres Unglück. Gegen 7 Uhr startete der Pilot Korf mit einem Sportflugzeug des Hamburger Vereins für Luftfahrt mit einem Passagier, dem Schneidermeister Bruhn. Der Pilot nahm in etwa 35 Meter Höhe eine Kurve zu kurz und stürzte steil ab. Der Passagier war sofort tot, während der Pilot kurz darauf seinen schweren Verletzungen erlag.

Das Flugzeug „Vindicta“ mit den Franzosen Lebriz, Doret und Mesmin stürzte in den Fluß Velaja im Gouvernement Ufa. Zwei Personen wurden getötet.

Die Funktionäre der Panamerican Airways Company melde, daß bei der Sturmflutkatastrophe nach den letzten Schätzungen insgesamt 700 Menschen ums Leben gekommen sind.

Das brasilianische Postflugzeug „Bala“ ist, als es zu einem Sonderflug nach Rio starten wollte, beim Rollen auf dem Wasser mit einem unter Wasser liegenden Brak zusammengefallen und in Brand geraten. Drei Mitglieder der Besatzung wurden getötet.

### Endtermin für die Devisenablieferung 19. September

Nach dem Reichsbankausweis vom 7. d. M. haben sich die Bestände der Reichsbank an Gold und bedungensfähigen Devisen um 84,6 Mill. erhöht. Von der Erhöhung entfallen auf Gold 4,4 Mill. Reichsmark, auf bedungensfähige Devisen 44,2 Mill. Reichsmark. Obwohl der Devisenzugang gegenüber dem im Ausweis vom 31. August ausgewiesenen Zugang von 42,6 Millionen Reichsmark eine Erhöhung zeigt, kann er doch nicht als befriedigend bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß vom 31. August 1931 an die Ablieferungen auf Grund des neuen Auftrages erfolgen mußten, und daß der für die Ablieferung ursprünglich festgesetzte Schlußtermin — der 5. September 1931 — in die Berichtswoche fällt.

Hierzu wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die verlängerte Frist für die Ablieferungspflicht am 19. d. M. abläuft, und daß die Nichtablieferung der Devisen bekanntlich mit schweren Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafen geahndet wird.

Ein kommunistisches Geheimbüro ausgehoben. Die politische Abteilung des Leipziger Polizeipräsidiums hat ein kommunistisches Geheimbüro im Keller eines Grundstückes ausgehoben. Es wurden große Mengen Zerkleinerungsmaschinen sowie Broschüren und Flugblätter gefunden, die wegen ihres hochverräterischen Inhalts bereits beschlagnahmt sind, oder auf die vom Oberreichsanwalt gefahndet wird. Das gesamte Material und Mobilar, darunter ein kleiner Geldschrank, wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der Hauptfunktionär, der die Räume angeblich als Werkstatt gemietet hatte, und fünf weitere Personen, die im Verdacht stehen, an den hochverräterischen Handlungen beteiligt zu sein, wurden im Laufe des Tages verhaftet und dem Oberreichsanwalt zugeführt.

### Badischer Teil

#### Badischer Landtag Aus dem Haushaltsausschuß

Am Freitag beschäftigte sich der Haushaltsausschuß auch mit dem Badischen Landestheater. Nach dem Bericht ist der Aufwand größer als der in Hessen, wo vom Reichsparlament die Abtretung an die Stadt Darmstadt angesetzt wird unter der Bedingung eines Übergangsgeldes. Demzufolge sei auch der Betrag mit der Stadt Karlsruhe rechtzeitig zu kündigen. Es sei überhaupt schwer, einzusehen, warum Karlsruhe eine Vergünstigung gegenüber anderen Städten habe. Die beim Landestheater bereits vorgenommenen Vereinfachungen und Einsparungen verdienen Anerkennung. Auf alle Fälle sei der Zuschuß an ein eventuell von der Stadt weitergeführtes „Landestheater“ jezt zu begrenzen. Nach sozialdemokratischer Auffassung ist die Umwandlung in ein Stadttheater vorzunehmen und eine Theatergemeinschaft zwischen Karlsruhe, Mannheim und Freiburg ins Auge zu fassen.

Der Haushaltsausschuß hat folgenden, vom Staatsministerium und dem Berichterstatter Dr. Föhr empfohlenen Richtlinien für die Erparnismaßnahmen bei den Hochschulen des Landes zugestimmt:

Bezüglich der Universitäten ist bei der Reichsregierung erneut zu beantragen, daß auf dem Wege des Finanzausgleichs Ländern mit besonderem Hochschulaufwand ein Ausgleich geschaffen wird. Es soll verhandelt werden, durch Abmachungen unter den Hochschulländern die Konfurrenz auszugleichen, um so zu Einsparungen zu kommen. Das Niveau unserer Hochschulen soll gewahrt, gleichwohl aber bei Kürzungen auf größte Sparsamkeit gesehen und vor allem nachgeprüft werden, ob die Befreiung frei werdender Professoren überhaupt einem dringenden Bedürfnis entspricht. Von den Klinitiktoren ist für die Verringerung der staatlichen Institute eine entsprechende Abgabe zu erheben. Die Staatserhaltung ist bei der Gehaltsfestsetzung der Professoren in Rechnung zu stellen. Die Lehraufträge sind nach Dringlichkeit und Bedürfnis zu prüfen. Die Kollegialberatern ist abzugeben. Ferner sind Assistenten, die für die Privatpraxis eines Klinitiktors beschäftigt werden, von diesem zu befreien. Die Assistenten sind zu behandeln wie das übrige außerplanmäßige und im Anstellungsverhältnis des Staates befindliche Personal. Das Wirtschaftspersonal ist nach den allgemein üblichen Sätzen zu vergüten. Die Verwaltung ist zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Die Zahl der Beamtenstellen ist einzufrieren. Die beiden Universitätsbibliotheken haben die Gebiete abzugrenzen, auf denen sie sich nur die allgemeine und auf welchen sie sich die Spezialliteratur erwerben. Bei der Technischen Hochschule soll geprüft werden, ob die Einrichtungen zur Ausbildung von Lehramtsbewerbern für das Gebiet der Mathematik, Physik und Chemie nennenswerte Kosten verursachen. Wenn ja, so sind diese Einrichtungen aufzuheben. Schließlich soll Verwaltungs- und technisches Personal eingeschränkt werden.

#### Das Gebot der Stunde: Bargeldlos zahlen!

Wenn es auch Sorge der Regierung und Reichsbank ist, die zur reiblosen Überwindung der Geldkrise erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, so hat doch jeder einzelne die Möglichkeit, die Reichsbank bei der Durchführung dieser schweren Aufgabe zu unterstützen. Das Mittel, das hierzu in erster Linie geeignet ist, ist eine Einschränkung des Bedarfs an Zahlungsmitteln, d. h. also möglichst weitgehende Ausdehnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

In Deutschland ist der bargeldlose Zahlungsverkehr soweit ausgebildet, daß die Umsätze in der Unternehmerphäre bereits ausschließlich bargeldlos erfolgen, während das Stückgeld (Metallgeld und Banknoten) nur noch für Lohnzahlungen und Verbrauchsausgaben verwendet wird. Hier liegen noch gewaltige Erparnismöglichkeiten, zu deren Ausnutzung die großen volkswirtschaftlichen Zahlungsverkehrseinrichtungen, vor allem der Überweisungsbank der öffentlichen Sparkassen, der sogenannte Spargiroverkehr, die Voraussetzung geben. Bargeldlos zu zahlen, ist heute kein Privileg des wohlhabenden Mannes mehr. Das Netz des Spargiroverkehrs umfaßt über 4500 lottoführende Stellen im Reich (Sparkassen, Girobanken, Kommunalkassen und deren Spartenbanken, die Girozentralen und Landesbanken), bei denen bereits zirka 250000 Spargirokontoinhaber (nicht zu verwechseln mit den 1800000 Spargiroinhabern) ihren Zahlungsverkehr bei denkbar einfacher Formularbenutzung bargeldlos abwickeln. Gegenüber anderen Trägern des bargeldlosen Zahlungsverkehrs bieten die Sparkassen und Girobanken eine zeitgemäße Verzinsung der Guthaben bei völlig kostenloser Ausführung aller Zahlungsaufträge.

Wer sich am bargeldlosen Zahlungsverkehr beteiligt, handelt in mehrfacher Beziehung vorteilhaft: Er spart Geld, Zeit und Arbeit, er läßt diese Vorteile auch seinem ihm zahlungspflichtigen Schuldner zukommen und unterstützt die Regierung und Reichsbank in ihrem Kampf um Gesundung der Wirtschaft.



### Präsident a. D. Schulz

Am 8. September ist Reichsbahndirektionspräsident a. D. Staatsrat Schulz gestorben. Er trat nach Vollendung seiner literarischen Studien im Jahre 1888 in den Dienst der badischen Finanzverwaltung. Im Jahre 1889 ging er als Regierungsdirektor in den Dienst der vormals Badischen Staatseisenbahnen über, wo ihm im Jahre 1902 die Leitung der Verkehrsabteilung der Generaldirektion übertragen wurde. 1915 wurde er als Ministerialdirektor zur Leitung der Eisenbahnabteilung in das badische Finanzministerium berufen. 1917 erfolgte seine Ernennung zum Staatsrat. Zu Anfang des Jahres 1918 wurde Staatsrat Schulz als Generaldirektor zur Leitung der ehemals Badischen Staatseisenbahnen berufen, die er auch nach dem Übergang der badischen Bahnen an das Reich als Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe beibehielt. Am 1. April 1924 trat Staatsrat Schulz in den wohlverdienten Ruhestand unter Verlegung seines Wohnsitzes nach Heidelberg.

Mit Staatsrat Schulz ist ein Beamter dahingegangen, dessen hervorragende Verdienste um das Eisenbahnenwesen sowohl in den Jahren des Friedens, als auch während der schweren Kriegs- und Nachkriegszeit höchste Anerkennung fanden. In den letzten Jahrzehnten ist wohl keine größere verkehrspolitische oder eisenbahnorganisatorische Frage, an der Deutschland beteiligt war, ohne seine einflussreiche Mitarbeit geblieben. Er wirkte hierbei besonders im Sinne einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens nach der Absicht und dem Bestreben Bismarcks. Im Verfolg seiner Bestrebungen setzte er sich u. a. mit Erfolg für die Neuordnung der Leitung des Güterverkehrs im innerdeutschen Verkehr ein, die den gegenseitigen Wettbewerb der deutschen Bahnen in exterritoriale Grenzen zurückführte. Im gleichen Sinne wirkte er auch mit für eine Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Staatsbahnen mit dem Erlaß, daß schließlich die Zusammenfassung der deutschen Staatsbahnen im Staatsbahnverband und damit eine freizügige Verwendung der deutschen Güterwagen innerhalb des Reichsgebietes zustande kam. Vom Gebiet des Personalstatistikers sei hier nur die Personalstatistikreform vom Jahre 1907 erwähnt, die zur Vereinheitlichung der Fahrpreise der deutschen Staatsbahnen führte. Unter der tatkräftigen Förderung des Staatsrats Schulz wurde ferner eine große Zahl neuer Nebenbahnen vom Staat gebaut und betrieben oder der Bau privater Nebenbahnen mit Staatshilfe ermöglicht. Als Leiter der ehemals Badischen Staatseisenbahnen und als Reichsbahndirektionspräsident genöß Staatsrat Schulz hohes Ansehen und größte Wertschätzung, sowohl bei seinen Untergebenen, als auch in weiten Kreisen der Bevölkerung Badens.

### Ein Hirtenbrief

#### des Freiburger Erzbischofs

In einem Hirtenbrief, der am Sonntag statt der Predigt von der Kanzel in den katholischen Kirchen verlesen wurde, ruft Erzbischof Carl die christliche Nützlichkeitspflicht auf, ihre im Laufe der Jahrhunderte so oft bewährte Kraft von neuem wirksam zu zeigen, und planmäßig und beharrlich der Not entgegenzutreten. Der Erzbischof schildert in dem Hirtenbrief die Not der Arbeitslosen, für die ein Ende noch nicht zu sehen sei. Man rechne sogar damit, daß die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Winter noch um zwei Millionen steigen werde. Hinzu komme, daß eine gewisse Aufregung der Bedrückten die Lage noch schwieriger mache und geradezu gefährlich gestalten könne. Leider hätten wir durch unsere Unmündigkeit und Mangel an durchschauender Lebenshaltung das Vertrauen des Auslandes zum Teil verloren. Weiter wendet sich der Erzbischof gegen die heftigste Loderung der guten Sitten, wie sie auch beim gemeinsamen Baden der Geschlechter zum Ausdruck komme. Es wird vor allem zur Unterstützung der hinterlassenen Familien aufgefordert. Wenn aber private Hilfe nicht ausreichen sollte, so sei es die Pflicht der öffentlichen Autorität, die unzureichenden Kräfte der Privaten zu ergänzen. In den Fabriken sollen Sammlungen an Geld, Lebensmitteln — besonders Kartoffeln, Getreide, Mehl, Gemüse — und an Kleidungsstücken abgehalten werden. Korab die Landwirte werden gebeten, Lebensmittel zu spenden, zumal sie selber nicht Not leiden müßten und Arbeit hätten.

### Die französische Solcheinfuhrsperre

Der Verein von Holzinteressenten Süddeutschlands, Eich Freiburg i. Br., berichtet uns zu der französischen Solcheinfuhrsperre weiter folgendes: Mit dem französischen Durchfuhrungsverlaß vom 5. September 1931 ist die Erschöpfung des für Deutschland abgetrennten Kontingents nunmehr auch für alle Holzsortimente der französischen Zolltarifpositionen Nr. 128, 128 bis und 133 (Mundholz, Nutzholz, Schmittware, Eisenbahnschwellen und Stangen) festgestellt worden, so daß alle Holzsortimente dieser Tarifposition, die nicht schon spätestens am 4. September verhandelt waren, für die Einfuhr nach Frankreich und dem Saargebiet gesperrt sind, während das Kontingent für bearbeitete Holzsortimente und Holzware der französischen Zolltarifnummern 597 und 600 bereits bei Inkrafttreten des Kontingentierungsverlaßes erschöpft war. Die Einfuhr von Holzern aus allen Ländern mit Ausnahme von Deutschland, Rußland und Polen ist auf Grund günstiger Kontingente bis auf weiteres noch zugelassen. Die Aufteilung des Gesamtkontingents nach Ländern bedeutet für Deutschland eine besondere Härte, weil die Durchschnittsziffer der französischen Holzbezüge aus Deutschland nach den Einfuhrmengen der gemäßigten Fünfjahresperiode (1925—1929), in die die deutschen Reparationslieferungen nicht mit eingerechnet werden, verhältnismäßig niedrig ist und das für den deutschen Holzverhand nach Frankreich ganz erhebliche günstigere Jahre 1930 nicht berücksichtigt wird.

Trotz der seit längerer Zeit in der französischen Wald- und Holzwirtschaft beobachtenden Verschärfung protektionistischer Bestrebungen, kam der Kontingentierungsverlaß unerwartet. Die Klugheit und Rigorosität der völligen Sperre deutschen Holzes vom französischen Markt, bedeutet für die Sägewerke und sonstigen Holzverarbeitenden Industrien, sowie selbstverständlich auch für die Forstwirtschaft des süddeutschen Grenzgebietes, insbesondere Badens, ein schwerer Schlag, weil Holz- und Forstwirtschaft dieses Gebietes ihren natürlichen Markt in Elsaß-Lothringen, Frankreich und dem Saargebiet haben, zumal bei der herrschenden Absatzkrise im Inland.

Auf den für Deutschland kommenden Übergangssituationen nach Frankreich und dem Saargebiet stehen große Mengen von Holzsendungen deutscher Holzlieferungsfirmen, die von der Sperrmaßnahme um so mehr überfordert worden sind, als bei den französischen Grenzollamtern nicht rechtzeitig genug klare Verfügungen über den Beginn der Sperrmaßnahme vorliegen. Die Eisenbahndirektion der Saarbahnen hat sich anerkenntnisvoller Weise schon bereit erklärt, zunächst die Standgelder für die auf den Grenzstationen des Saargebietes stehenden Wagen um 50 Proz. der amtlichen Sätze zu senken; weiter erwägt sie den vollkommenen Verzicht auf Erhebung von Standgeldern. Dadurch soll den Ausfuhrfirmen die Ergründung anderweitiger Dispositionen oder der vielleicht noch zu erwartenden milderen Übergangsbestimmungen ermöglicht werden. Es ist auch zu hoffen, daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe und Ludwigshafen auf die seitens des Saarverbandes gemachten Vorstellungen hin, ein ähnliches Entgegenkommen zeigen.

### Aus der Landeshauptstadt

Stadtrat Wilhelm Frey gestorben. Eine kommunalpolitisch hervorragend tätige und weit über den Bereich unserer Stadt bekannte Persönlichkeit, Stadtrat und Rechtsanwalt Wilhelm Frey, ist Sonntagmorgen nach schwerer Krankheit im Alter von 56 Jahren gestorben. Der Verstorbene gehörte 27 Jahre hindurch den städtischen Kollegien an. Er war früher Mitglied der nationalliberalen Partei und hatte sich nach der Umwälzung der demokratischen Partei angeschlossen. Im Aufsichtsrat der Badischen Lokaleisenbahnen (Vlaag) bekleidete er das Amt des Vorsitzenden.

Badisches Landestheater. Der ersten Wiederholung von Goethes „Göz von Berlichingen“ am Dienstag, den 15. September, schloßen sich im Schauspiel am, am Mittwoch, den 16. September, Fritz Peter Buchs Schwank „Schwengels“ und am Freitag, den 18. September, Shakespeares Trauerspiel „Julius Cäsar“, dieses als Volksbühnenvorstellung. Der am Donnerstag, den 18. September, stattfindenden Opern-Erstaufführung der „Frau ohne Schatten“ von Richard Strauß kommt sicherlich das gespannteste Interesse aller Musikfreunde und zumal aller Verehrer des Richard Straußschen Schaffens zu. Auch für dieses Werk schuf dem Komponisten Hugo von Hofmannsthal die textliche Unterlage. Die szenische Einstudierung des schwierigen Werks liegt in den Händen Viktor Pruschas, während Josef Krips die musikalische Leitung ausübt. Der Wochenspielpfad bringt sodann, am Samstag, den 19. September, noch eine zweite Erstaufführung mit dem von Hans Müller in freier Umarbeitung des gleichnamigen altberühmten Lustspiels Oscar Plumenthals und Gustav Kadelburgs geschaffenen Singspiel „Im weißen Rössl“ mit der Musik von Ralph Benatzky und Gesangstücken von Robert Gilbert. Die Berliner Uraufführung trug einen wahren Sensationserfolg davon, so daß zu hoffen steht, daß das überaus lustige, hier von Harald Josef Fürstenaun inszenierte Werk, auch von unserem Theaterpublikum als eine für ein paar Abendstunden willkommene harmlose Befreiung vom Druck der Tages Sorgen begrüßt werden wird. — Als Sonntagsvorstellungen gehen am 20. September, im Landestheater die Oper „Boris Godunow“ von Musorgski, im Konzerthaus das Lustspiel „Ständchen bei Nacht“ von Leo Lenz in Szene.

Wiedereröffnung des Colosseum-Theaters. Nach der üblichen Sommerpause findet am Dienstag, den 15. d. M., die Wiedereröffnung des Colosseum-Theaters unter der altbewährten Leitung von Direktor Eugen Kistner statt. Direktor Kistner wird auch in dieser Spielzeit wie in den bereits vergangenen seine ganze Kraft dafür einsetzen, dem Publikum stets nur das Beste vom Besten zu bieten, so daß auch in diesem Winter das Colosseum-Theater wiederum zu den beliebtesten Vergnügungs- und Unterhaltungsorten zählen wird. Der heutigen Wirtschaftslage Rechnung tragend, sind die Eintrittspreise bedeutend ermäßigt, so daß jedermann Gelegenheit geboten ist, sich für billiges Geld einen genussreichen Abend zu gestalten. Heute sei bereits darauf hingewiesen, daß es der Direktion gelungen ist, zur Eröffnung am 15. September die berühmte Hoch- und Deutschmeister-Kapelle aus Wien, 21 Militärkapellmeister (Blasmusik) des ehem. kais. und königl. Österreichischen Infanterie-Regiments Nr. 4 in ihren historischen Uniformen unter künstlerischer Leitung des Kapellmeisters Franz Wiba, für einen Abend zu gewinnen. Diese Kapelle geht ein internationales Auf voraus.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen. Ein kleines Randstief der Islandzirkone ist gestern im Norden durchgezogen und hat verbreitete Regenfälle gebracht. In seiner Rückseite erfolgt nun allgemeiner Druckanstieg, über großen Teilen von West- und Mitteleuropa. Ob durch diese Umgestaltung der Druckverteilung eine andauernde Hochdruckwetterlage für unser Gebiet herbeigeführt wird, ist noch unbestimmt, da sowohl über dem Mittelmeer als auch über dem Baltikum Reste von den in der Vorwoche wirksam gewesenen Tiefdruckgebieten liegen und eine atlantische Zirkone bei Irland Warmluft vortreibt. Wettervorhersage für Dienstag, den 15. September: Vielst. schon aufgehellt und vorwiegend trocken bei schwacher wechselnder Luftbewegung. Örtliche Frühnebel, meist sehr kühl, nur um Mittag etwas wärmer.

Wasserstände: Badshut 355 minus 5, Bafel 181 minus 41, Schusterinsel 262 minus 38, Neßl 409 plus 8, Maxau 613 plus 14, Mannheim 534 minus 5, Caub über 200 Zentimeter.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Brände in Baden

In Oberweier (Amt Rastatt) brannte die vollgefüllte Scheune des Hirschwirtes Emil Kappenberger nieder. Als Entschungsursache des Feuers nimmt man Kurzschluss an. Der Schaden beziffert sich auf etwa 10 000 M. — In Staufen brannte das Wirtschaftsgelände des Hofes vollständig nieder. Sämtliche Futtervorräte wurden ein Opfer der Flammen. Das vorhandene Vieh konnte gerettet werden. Der Gebäudeschaden wird auf 10 000 M. geschätzt. Es wird Brandstiftung vermutet. — Die Werkstätte des Sattlermeisters Eihorn in Schliengen ist vom Feuer zerstört worden. Nur mit Mühe konnte das stark gefährdete Wohnhaus und ein Nachbargebäude gerettet werden. Der Sachschaden ist recht beträchtlich. — Das dreistöckige Anwesen des Landwirtes Ernst Keller in Malspüren bei Stodach wurde durch ein Großfeuer vollständig zerstört. Obwohl der Brand sofort bemerkt wurde, konnte nicht verhindert werden, daß das ganze Anwesen mit sämtlichem Inventar ein Opfer der Flammen wurde. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Der Gebäude- und Fahrnissschaden beträgt über 50 000 M. ist jedoch größtenteils durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist noch nicht bekannt, doch wird Selbstentzündung in den Ohndvorräten vermutet. — In Neßlitz wurde das Anwesen des Landwirtes Joseph Hahn durch Feuer vollständig zerstört. Die Fahrnisse und der Viehstand konnten gerettet werden. Es wird angenommen, daß Brandstiftung vorliegt. Der Schaden wird auf 40 000 M. geschätzt.

DJ. Freiburg i. Br., 13. Sept. Am Samstagmorgen erschloß in der Polizeistation ein dort mit seiner Familie wohnender Polizeiwachmeister sein erst 4 Monate altes Kind und brachte sich dann selbst einen Schuß bei. Mit schweren Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf verstarb. Die Tat geschah in einem Augenblick der Verzweiflung darüber, daß der Vater erfahren hatte, daß das Kind mit einer schweren, anscheinend unheilbaren Knochenfraktur in die Klinik eingeliefert werden sollte. Es handelt sich um einen tüchtigen, alleits beliebten Beamten, der in jeder Hinsicht in geordneten Verhältnissen lebte.

ld. Rastatt, 13. Sept. Die beiden Inhaber der Kupferhütte A. Jahlbusch in der Industriestraße, Arthur und Karl Jahlbusch, waren am Samstag in der Fabrik mit einem Experiment beschäftigt. Dabei erfolgte plötzlich eine Explosion. Beide Unternehmer erlitten schwere Brandwunden im Gesicht, an den Händen und am Körper und wurden sofort ins Krankenhaus geschafft. Wie wir erfahren, ist besonders der Zustand von Arthur Jahlbusch, der der Explosion am nächsten stand, sehr ernst.

DJ. Freiburg i. Br., 12. Sept. Die Nebberge der Freiburger Gemartung sind vom heutigen Tage an geschlossen. Im Kaiserstuhl und im Markgräflerland ist der Nebbergschlag jetzt zum größten Teil durchgeführt. An die Winger kann nur der dringende Appell gerichtet werden, die Lese so weit als möglich hinauszuschieben.

ld. Neuenweg (bei Schopfheim), 13. Sept. Unter Mithilfe des Schwarzwaldbereins und Freunden des Schwarzwaldes ist im Laufe des Sommers ein neuer Pfad von Neuenweg bis zum Belken angelegt worden. Unter Leitung und Aufsicht des forstlichen Schönaus, sowie von den Feldbestyrern von Böllen und Neuenweg wurde das sogenannte „Berrwegli“, ein Verbindungspfad zwischen Neuenweg und Mullen zu einem bequemen Wanderweg ausgebaut.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	14. September		10. September	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	169.88	170.22	169.83	170.13
Kopenhagen 100 Kr.	112.54	112.76	112.52	112.74
Italien . . . 100 L.	—	—	—	—
London . . . 1 Pf.	20.459	20.499	—	—
New-York . . . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	—	—	81.22	81.38
Schweiz . . . 100 Fr.	—	—	—	—
Wien 100 Schilling	—	—	—	—
Brag . . . . . 100 Kr.	—	—	—	—

Großhandelsindex. Die vom Statistischen Reichsam für den 9. September berechnete Indexziffer der Großhandelspreise ist mit 109,0 gegenüber der Vorwoche um 0,4 v. H. gesunken. An diesem Rückgang sind die Indexziffern für alle Hauptgruppen beteiligt: Agrarstoffe 101,6 (minus 0,5 v. H.), Kolonialwaren 93,4 (minus 0,7), industrielle Rohstoffe und Halbwaren 100,6 (minus 0,3), industrielle Fertigerwaren 134,9 (minus 0,2).

GA. der Firma Kollmar & Jourdan A.-G., Rastatt. In der am Samstag stattgefundenen Generalversammlung der Kollmar & Jourdan A.-G., waren 11 366 Stimmen vertreten. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt, daß auch das vergangene Jahr die erhoffte Besserung nicht gebracht habe, vielmehr eine weitere Verschlechterung und erneute Verluste eingetreten seien. Gerade die Luxuswarenindustrie sei naturgemäß schwer betroffen, und zur Zeit gebe es kein Land auf der Welt, in der die Schmutzwarenindustrie nicht notleide. Der Umsatz sei trotz aller Anstrengungen zurückgegangen und weitere Verluste an Debitoren seien eingetreten. Es ergab sich ein Verlust von 216 693 M., der von dem Reservekonto abgebucht werden soll. Die Generalversammlung nahm einen kurzen Verlauf. Zu Revisionen wurde wieder die Schwäbische Treuhand-A.-G. bestimmt. Der Aufsichtsrat mit Rechtsanwält Dr. Weill, Karlsruhe, als Vorsitzenden, wurde einstimmig wiedergewählt. Eine Dividende gelangt wie im Vorjahre nicht zur Verteilung.

Zahlungseinstellung. Die Baumwollspinnerei St. Blasien A.-G., hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Firma gehört zu den ältesten Spinnereien Badens.

Der Stand der Devaheim-GmbH. Der Schuldbund der Devaheim-Gläubiger hielt in Berlin eine Versammlung ab. Der Konkursverwalter schilderte den Zusammenbruch des Devaheim-Konzerns. Danach können die Gläubiger vielleicht mit einer Konkursquote von 3 Proz. rechnen. Wie der Redner darlegte, sind die Vauspareinlagen zum großen Teil zu zahlungswidrigen Zwecken verwendet worden. Einem Aktiwerter von 558 112 Reichsmark stehen Passiven von 14 374 628 M. gegenüber. Von dem Aktiwerter von rund 558 000 M. müßten noch etwa 85 000 Reichsmark Kosten des Konkursverfahrens abgezogen werden.

### Staatsanzeiger

#### Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

#### Zuruückgesetzt auf Ansuchen:

Rektor Konrad Gamber in Ruzloch, Amt Heidelberg, bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.  
Oberlehrer Wilhelm Bisp in Freistadt, Amis Neßl.

#### Kraft Gesetzes tritt in den bauernden Ruhestand:

Rektor Johann Weismehl in Heidelberg, auf 1. Dezember 1931; Professor Friedrich Geyerich, an der Zeppelin-Oberschule in Konstanz, auf 1. Januar 1932.

#### Gestorben:

Studentenrat Rudolf Dittmann, an der Gewerbeschule I in Karlsruhe, am 1. September 1931.

### Badisches Landestheater

Spielplan vom 14. bis 20. September.

#### Im Landestheater:

Dienstag, 15. Sept. \* G 1. Th.-Gem. 301—400. Göz von Berlichingen. Von Goethe. 19.30 bis nach 22.30 (3,50).  
Mittwoch, 16. Sept. \* A 2 (Mittwochmiete). Th.-Gem. 601 bis 700 und 1501—1550. Schwengels, Schwank von Fritz Peter Buch. 19.30 bis nach 21.30 (3,50).  
Donnerstag, 17. Sept. \* D 2 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Zum erstenmal: Die Frau ohne Schatten. Oper von Richard Strauß. 19.30—23 (6,30).  
Freitag, 18. Sept. Volksbühne: Septembervorstellung, Julius Cäsar. Von Shakespeare. 19.30—22.30.  
Der 4. Rang ist für den allem. Verkauf frei gehalten.  
Samstag, 19. Sept. \* C 2. Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Zum erstenmal: Im weißen Rössl. Singpiel von Ralph Benatzky 20—23 (4,90).  
Sonntag, 20. Sept. \* E 1. Th.-Gem. 401—500. Boris Godunow. Von Musorgski. 19 bis gegen 22 (6,30).  
Im Städtischen Konzerthaus:  
Sonntag, 20. Sept. \* Ständchen bei Nacht. Lustspiel von Lenz. 19.30—21.30 (2,50).

1931/32 Dieses Jahr kein Katarrh! 



# Herbstneuheiten

In meinen 12 Schaufenstern zeige ich ab heute die neuen Farben und Formen für die diesjährige

## Herbst- und Winter-Saison

**Pelzbesetzte Stoffmäntel Sportmäntel engl. gemustert Pelzjacken, -Mäntel u. Colliers Sport- u. Straßenkleider Nachmittags- u. Abendkleider Strickwaren, Blusen Mädchen- u. Knabenkleidung Herren-Mäntel u. Anzüge Kleider, Kostüm- u. Mantelstoffe Samt- u. Seidenstoffe**

Mein Personal ist angewiesen, Sie ohne Kaufzwang über die kommende Mode zu unterrichten.

# Carl Schöpf


Marktplatz L. 410

171. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma **Karlsruher Baustoff-Industrie G.m.b.H.**, Karlsruhe-Fittersbach in Karlsruhe, Sachsenstraße 19, wurde heute nachmittags 4 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Emil Müller, Karlsruhe, Stefaniestraße Nr. 55. Konkursforderungen sind bis zum 1. Oktober 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschädigung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Donnerstag, den 8. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Donnerstag, den 15. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestraße 8, II. Stock, Zimmer Nr. 139. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeindeforderungen leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 1. Oktober 1931 anzuzeigen. Karlsruhe, den 10. September 1931. Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts A 6.

**Offenburg. R. 627**  
Eintrag in das Güterrechtsregister Bd. I S. 16: Ernst Reich, Kaufmann in Offenburg und Helene geb. Duvier, Vertrag vom 6. Mai 1931. Gütertrennung. Offenburg, 10. Sept. 1931. Badisches Amtsgericht III.

**Ettlingen. R. 626**  
Güterrechtsregister Bd. II Seite 122, Frisch, Alfred, Kaufmann in Ettlingen, und Gertrud geb.

Verf. Vertrag v. 31. Juli 1931: Gütertrennung. Ettlingen, 2. Sept. 1931. Amtsgericht.



**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 15. Sept. 1931  
\* G 1 Th.-Gem. 301-400  
**Göh von Verlichingen**  
Schauspiel von Goethe  
Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Vertram, Ehrhardt, Ermarth, Seiling, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Fierl, Höder, Hoppach, Kienscherf, Moebke, Kuhne, Luther, Meßner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Ruhe  
Anfang 19%, Entenach 22%, Preise A (0,60-3,50 RM)  
Mi. 16. 9. Schwengels.  
Do. 17. 9. Zum erstenmal: Die Frau ohne Schatten.  
Fr. 18. 9. Julius Caesar.  
Sa. 19. 9. Zum erstenmal: Im weißen Rössl. So. 20. 9. Boris Godunow. Im Konzerthaus: Ständchen bei Nacht.

## Öffentliche Verbandssparkasse Kandern (Baden)

### Bilanz auf 31. Dezember 1930

Soll		Haben	
	RM		RM
1. Kassenbestand	6 227,79	1. Spareinlagen	1 140 573,41
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassendirektion	121 249,09	2. Aufwertungspar-einlagen	422 853,62
3. Wechsel	1 000,—	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	77 912,94
4. a) Darlehen auf Hypo- theken	731 562,80	4. Sonstige Einlagen (De- positoren)	6 200,—
b) Grundstückskaufverle- hen	139 129,35	5. Rücklagen	
5. Darlehen in ffd. Rech- nung an Private	19 774,19	a) gesetzl. Reservefonds	48 855,15
6. a) Darlehen auf Schul- schein geg. Bürgschaft	190 584,68	6. Reingewinn 1930	19 587,45
b) Lombarddarlehen	4 620,—		
7. Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	78 850,—		
8. a) Aufwertungsfor- derungen	227 330,88		
b) Aufwertungs-Abrech- nungskonto	109 341,97		
9. Einnahmerückstände	60 311,82		
10. Grundstücke u. Gebäude	22 000,—		
11. Gerätschaften	4 000,—		
	1 715 982,57		1 715 982,57

**Berechnung der Rücklage**  
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
8% aus 1 224 686,35 RM = 97 974,90 RM  
Sie beträgt auf Schlus des Jahres 1930: 68 442,60 RM  
Somit weniger: 29 532,30 RM  
Kandern, den 4. August 1931. R. 624  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: R. Matter, Bürgermeister. Der Geschäftsführer: Fritz Jenny.

## Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

# KARLSRUHER ZEITUNG

BADISCHER STAATSANZEIGER

## Zentralhandelsregister für Baden

**Baden-Baden. R. 116**  
Handelsregister eintrag Abt. A Bd. II O.-Z. 459  
Firma **Wilhelm Pittard, Restaurateur** in Baden-Baden: Die Firma ist erloschen.  
Baden, 15. Aug. 1931.  
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

**Durlach. R. 106**  
Handelsregister B. Ein- getragen am 12. August 1931 zur Firma **Gustav Genschow & Co. AG.** in Durlach. Zweignieder- setzung in Durlach: Der Ge- schäftsvertrag ist durch Beschluß der Generalver- sammlung vom 30. Juni 1931 geändert in § 34 Abs. 1 Z. 7 (Verteilung des Reingewinns).  
Amtsgericht Durlach.

**Gernsbach, Murg. R. 117**  
In das Handelsregister A — Firma **W. Seyfarth** in Gernsbach — wurde eingetragen: Die Prokura des **Albert Kunninger** ist erloschen. Der Prokurist **Willi Kuchs** ist einzeln zeichnungsberechtigt.  
Gernsbach, 17. Aug. 1931.  
Amtsgericht.

**Heidelberg. R. 118**  
Handelsregister Abt. A Bd. II O.-Z. 381 zur Firma **Gustav Sajons** in Heidelberg: Der Lotte Sajons in Heidelberg ist Prokura erteilt.  
Bd. VI O.-Z. 279 zur Firma **Julius Köhler** in Heidelberg: Inhaber ist jetzt **Albert Jung**, Kaufmann in Heidelberg.  
Heidelberg, 18. Aug. 1931.  
Amtsgericht.

**Heidelberg. R. 102**  
Handelsregister Abt. A Bd. VI O.-Z. 55. Zur Firma **Nikolaus Opel** in Heidelberg: Persönlich haf- tende Gesellschafter der am 1. Juli 1931 begon- nenen offenen Handelsgesellschaft sind **Nikolaus Opel**, Kaufmann, Ehefrau **Margarete geb. Hartmann** und **Anna Hartmann**, beide in Heidelberg. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Ver- bindlichkeiten ist bei dem Erwerb der beiden durch **Nikolaus Opel**, Ehefrau und **Anna Hartmann** ausge- schlossen.  
O.-Z. 279. Firma **Julius Köhler** in Heidelberg. Inhaber: **Julius Köhler**, Kaufmann, daselbst.  
O.-Z. 43. Die Firma **Hermann Kirsch** in Hei- delberg ist erloschen.  
Heidelberg, 18. Aug. 31.  
Amtsgericht.

**Karlsruhe. R. 153**  
Handelsregister einträge.  
1. **Badische Landwirtschafts- Aktiengesellschaft** für Ein- und Verkauf, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: **Treuhand- und Zinsspar Aktiengesellschaft** für Genossenschafter, Karlsruhe. Gegen- stand des Unternehmens ist künftig: Jede Art treu- händischer Tätigkeit für bestehende oder sich auf- lösende Genossenschaften in Baden. Insbesondere Vermögensverwaltung, Rechnungs- und Geschäftsführung, Debitorenbear- beitung, Durchführung von Liquidationen, Konkurs- verwaltung, Rechtsvertretung, Beschaffung, Ver- arbeitung, Verwertung u. Lagerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und von Gegenständen für den landwirtschaftlichen Bedarf. Durch Gesellschafter- beschluß vom 28. August 1931 wurde der Gesell- schäftsvertrag in § 1 (Firma), § 2 (Gegenstand des Unternehmens) geändert. Vorstand: **Friedrich Weiß**, **Albert Riehhard**, beide in Karlsruhe. **Georg Keibel** und **Otto Pilger** sind nicht mehr Vorstandsmitglieder. 5. 9. 31.  
Amtsgericht Karlsruhe.

**Karlsruhe. R. 154**  
Handelsregister einträge.  
1. **W. Kronenwett**, Karlsruhe. Die Prokura des **Karl Gengnagel** ist er- loschen. 2. 9. 31.  
2. **Felix Häfner, Wein- kommission**, Karlsruhe.

**Die Firma ist erloschen.**  
4. 9. 31.  
3. **Gengnagel & Häfner, Weinkommissionsgeschäft**, Karlsruhe. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. September 1931. Persönlich haftende Ge- sellschafter: **Karl Gengnagel** und **Felix Häfner**, Kaufleute, Karlsruhe (Stefaniestra. 57). 4. 9. 31.  
Amtsgericht Karlsruhe.

**Rehl. R. 110**  
Firma **Arthur Philippe** in Rehl. Inhaber **Arthur Philippe**, Kaufmann in Strahburg, Wesselsheim-Str. Nr. 19. Dem Kaufmann **Willy Bende** in Rehl ist Einzelprokura erteilt. (Vertrieb von süd- französischen Landespro- dukten).  
Rehl, 14. August 1931.  
Bad. Amtsgericht II.

**Konstanz. R. 111**  
Bd. II O.-Z. 56: **Ernst Gruber Gesellschaft** mit beschränkter Haftung in Konstanz. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und Fortbetrieb des in Konstanz mit Filiale in St. Gallen unter der Firma **Ernst Gruber & Co.** bestehenden Spe- ditionsgeschäfts. Die Ge- sellschaft ist befugt, gleich- artige oder ähnliche Unter- nehmungen zu erwerben, sich an solchen zu betei- ligen, deren Vertretung zu übernehmen oder mit ihnen Interessengemein- schaften einzugehen. Sie ist befugt, Filialen im In- und Ausland zu er- richten. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 3. Juli 1931 errichtet. Geschäftsführer sind: **Paul Schweighofer**, Kaufmann in Kreuzlingen, und **Karl Häfner** in Zürich. Jeder Geschäfts- führer ist für sich allein vertretungsberechtigt. 31. 7. 1931.  
Bd. II O.-Z. 38. **Zweigniederlassung Kon- stanz**: Die Firma ist er- loschen. 14. 8. 31.

**A. Band V O.-Z. 19.**  
R. u. H. **Martin & Cie.** in Konstanz: **Anton Mar- tin** Witwe Rosa geb. Gan- tner und **Emma Martin** sind aus der Gesellschaft ausgegliedert. Die Firma ist geändert in: **Reizhaus Martin & Cie.** 13. 8. 31.  
Bad. Amtsgericht A I, Konstanz.

**Mannheim. R. 74**  
Handelsregister einträge vom 5. August 1931:  
**Magenau, Schmitzer & Steffl**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Gesell- schafterbeschlus vom 2. Juli 1931 aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer **Wilhelm de Willas**, Kaufmann in Mannheim, ist Liquidator.  
**Magnetine, Gesellschaft** mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesell- schäftsvertrag ist am 17. Juli 1931 festgestellt. Gegenstand des Unterneh- mens ist der Betrieb eines Kesselsteingegenmit- tels mit der Fertigungs- marke „Magnetine“. Das Stammkapital beträgt 20 000 RM. **Walter Baum- gärtner**, Kaufmann, **Diet- rich Baumgärtner**, Inge- nieur, beide in Baden-Baden, sind Geschäftsführer. Wenn mehrere Geschäfts- führer bestellt sind, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertre- ten. Der Geschäftsführer **Walter Baumgärtner** ist selbständig berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die gesetz- lich vorgeschriebenen Ver- einbarungen der Ge- sellschaft werden nur im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht. Geschäfts- lokal: M. 5. 5.  
Bad. Amtsgericht, K.-G. 4, Mannheim.

**Radolfzell. R. 103**  
Handelsregister. Die Firma **Radolfzell Verlag**

**Freie Stimme, Gesell- schaft** mit beschränkter Haf- tung in Radolfzell, ist durch den Beschluß der Gesellschafter vom 22. Juli 1931 aufgelöst. Der bis- herige Geschäftsführer **Dr. Alfred Genshofer**, Haupt- schriftleiter in Ravens- burg, ist Liquidator. Ra- dolfzell, den 12. August 1931.  
Amtsgericht.

**Rastatt. R. 89**  
Handelsregister eintrag Abt. B Bd. 2, O.-Z. 76. **Mittelbadische Konferen- zial-Verlag & Co.**, Ge- sellschaft mit beschränkter Haftung, Rastatt: Die Firma ist geändert in **M. Wasserhoffmann & Cie.**, Ge- sellschaft mit beschränkter Haftung. Der Sitz der Ge- sellschaft ist nach Schwet- zingen verlegt. Durch Ge- sellschafterbeschlus vom 30. Juli 1931 wurde weiter der § 3 des Gesell- schäftsvertrags (Gegen- stand des Unternehmens) geändert bzw. erweitert wie folgt: Gegenstand des Unternehmens ferner der Erwerb und der Fortbet-rieb des bisher durch die Firma **M. Wasserhoffmann & Cie.**, Aktiengesellschaft in Schwetzingen betriebenen Geschäfts. Den 7. August 1931.  
Amtsgericht Rastatt.

**Säckingen. R. 95**  
Handelsregister eintrag B zur Firma **Seidenwarenfabrik Säckingen Gesell- schaft** mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz in Säckingen: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 23. Juli 1931 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 2 Satz 1 geändert; er lautet foran: Gegenstand des Unternehmens ist der Be- trieb einer Weberei. Geschäftsführer **Ernst Proppie**, Direktor, **Fürch**, ist gestorben.  
Säckingen, 7. Aug. 1931.  
Amtsgericht.

**Stodach. R. 107**  
Handelsregister A Bd. II O.-Z. 8. **Paul Weber**

**a) Bd. I O.-Z. 463:**  
Die Firma **Paul We- dler** in Wiesloch ist er- loschen.  
b) **Bd. II O.-Z. 2:**  
Firma **Wagner & Co.** in Wiesloch: Mit Wirkung vom 1. August 1931 ist Herr **Ludwig Wagner**, Werkführer in Wiesloch, aus der offenen Handels- gesellschaft ausgegliedert und diese damit aufgelöst. Auseinanderziehung ist er- folgt. Das Geschäft wird unter der bisherigen Firma von Frau **Anna Wag- ner** geb. **Kochmann** in Wiesloch weitergeführt.  
c) **Bd. I O.-Z. 366:**  
Firma **Reinwein & Co.** in Walldorf: Die Prokura des Herrn **Josef Wör-** kaufmann in Walldorf, ist erloschen.  
Wiesloch, 15. Aug. 1931.  
Amtsgericht.

## Bücherrevisoren und Treuhänder

# Otto Marx

L. 334  
beidigtiger Bücherrevisor und kaufm. Sachverständiger für den Bezirk der Handelskammer Karlsruhe (Baden)  
Badischer Handelshof, Fernsprecher 4762  
Revisionen / Buchanlagen / Steuerberatungen / Gutsachten Sanierungen / Gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche Liquidationen / Vermögens- und Hausverwaltungen.

## Theodor Theissen, Karlsruhe

Kaiserstraße 175  
Telephon 4922  
Büro für kaufmännische Beratung  
Revisionen / Bilanzen / Verträge  
Bearbeitung von Aufwertungsangelegenheiten  
Auskunftei L. 332

## Bücherrevision Steuerberatung

L. 333  
Nacheinrichtung, Fortführung u. Überwachung von Buchführungen, Abschlässe u. Bilanzaufstellung, Sanierungen, außergerichtliche u. gerichtliche Vergleiche.  
**Paul Glässer**  
Bücherrevisor und kaufmännischer Sachverständiger, zugelassen zur Vertretung bei den Finanzämtern  
Kaiserstr. 109 b. Waldstr. Fernspr. 3102

Drud. G. Braun, Karlsruhe.